

A stylized map of Taiwan composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Machtwechsel in Taiwan

Abschied vom »chinesischen Traum«

Jürgen Kahl
Februar 2016

- Mit der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments hat am 1. Februar 2016 nach dem Doppelwahlsieg der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) der mit Spannung erwartete Machtwechsel in Taiwan begonnen. Die Enttäuschung über die Politik der nun nahezu marginalisierten alten Staatspartei Kuomintang (KMT) hat der DPP, die der Unabhängigkeit Taiwans von China verpflichtet ist, vor allem mit Unterstützung der jungen Generation zur absoluten Mehrheit im Parlament verholfen. Mit der designierten Staatspräsidentin Tsai Ing-wen übernimmt zudem erstmals eine Frau das höchste Staatsamt in einem chinesisch geprägten Land.
- Nachdem unter Führung der KMT eine aktive chinesisch-chinesische Verständigungspolitik betrieben wurde, bedeutet der Machtwechsel einen empfindlichen Rückschlag für die Bestrebungen Pekings, den nach wie vor tiefen Graben zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu überwinden. Stattdessen beschwört die Abkehr der neuen taiwanischen Staatsehefin von der Einheit der Nation die Gefahr neuer Spannungen herauf.
- Ebenso wie die Bundesregierung haben die meisten westlichen Länder der taiwanischen Demokratie, die sich bei dieser Wahl erneut als robust und uneingeschränkt funktionsfähig erwiesen hat, Anerkennung und Respekt gezollt. Mit mehr Unterstützung des Westens kann die Inselrepublik aufgrund der politischen Rücksichtnahme auf China jedoch kaum rechnen. Durch die weitgehende internationale Isolierung bleibt mit der Eigenstaatlichkeit Taiwans damit auch seine liberale und demokratische Gesellschaftsordnung gefährdet.

Die Inselrepublik Taiwan hat das neue Jahr mit einem politischen Paukenschlag eingeleitet, der weit über die Region hinaus Aufmerksamkeit erregte. Durch den doppelten Wahlsieg bei der Präsidentschafts- und Parlamentswahl am 16. Januar hat die bis dahin oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei (DPP) nicht nur die innenpolitischen Machtverhältnisse auf den Kopf gestellt, sondern gleichzeitig ein über Erwarten machtvolles Signal an China und die internationale Gemeinschaft gesandt, dass sich Taiwan nicht dem Souveränitätsanspruch Pekings beugen will, sondern entschlossen ist, seine autonome Eigenstaatlichkeit ebenso wie seine demokratisch-liberale Gesellschaftsordnung zu behaupten und weiterzuentwickeln.

In der noch jungen Geschichte der taiwanischen Demokratie – der einzigen in einem chinesisch geprägten Land, die diesen Namen verdient – kann die Doppelwahl schon jetzt als historisch bezeichnet werden. Anders als in ihrer ersten Regierungszeit (2000–2008) verfügt die DPP nun auch im Parlament über eine Mehrheit, die ihr das Durchregieren ermöglicht. Die nach dem Bürgerkrieg mit den Kommunisten vom chinesischen Festland vertriebene Staatspartei Kuomintang (KMT), die Taiwan seit 1949 bis auf acht Jahre durchgehend beherrschte, ist so geschwächt und zerrüttet, dass sie auf längere Sicht als ernst zu nehmende politische Kraft ausfällt. Mit der DPP-Chefin Tsai Ing-wen (59) übernimmt zudem erstmals eine Frau das höchste Amt im Staat – ein Novum nicht nur für Taiwan, sondern in der gesamten chinesischen Geschichte.

Auf der anderen Seite sind die Risiken nicht zu übersehen, die sich aus der Machtfülle und dem Erwartungsdruck ergeben, der auf der designierten Staatspräsidentin lastet. Dies gilt in erster Linie für das künftige Verhältnis zur Volksrepublik China: Mit der Abkehr vom Bekenntnis zur Einheit der chinesischen Nation zugunsten eines Dialogs auf Augenhöhe und ohne Vorfestlegungen hat die designierte Präsidentin dem Verständigungsprozess die Grundlage entzogen, auf der beide Seiten unter ihrem KMT-Vorgänger Ma Ying-jeou ein dichtes Geflecht institutionalisierter Beziehungen geschaffen und einen der zentralen Konfliktherde in Ostasien entschärft hatten.

Bei der Unnachgiebigkeit, mit der Peking an seinem Souveränitätsanspruch über die Insel mit ihren 23 Millionen Einwohner_innen festhält, und der Entschlossenheit, den Weg Taiwans in die förmliche Unabhängigkeit notfalls mit militärischer Gewalt zu verhindern, hat sich

der Spielraum für die Fortsetzung eines konstruktiven Miteinanders erheblich verengt. Entsprechend schmal ist für beide Seiten der Grat, um ohne Gesichtsverlust zu verhindern, dass der ungelöste Beziehungskonflikt in eine neuerliche Krise abgelenkt, die auch das sino-amerikanische Verhältnis zusätzlich belasten würde.

Für den von vielen Seiten unter Druck stehenden chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping war der Wahlsieg der DPP kurz nach dem informellen Gipfeltreffen mit Präsident Ma Ying-jeou in Singapur eine politische Ohrfeige. Für die künftige Staatschefin gilt jedoch, dass sie das versprochene innere Reformprogramm ohne halbwegs stabile Beziehungen zu Peking kaum umsetzen kann. Bei der hochgradigen wirtschaftlichen Abhängigkeit Taiwans von China wäre ein politischer Bruch selbstzerstörerisch.

Ein neuer Aufbruch im Zeichen des Generationswechsels

Die konstituierende Sitzung des neuen nationalen Parlaments (offiziell: Legislativ-Yuan) am 1. Februar 2016 hat die gravierendste Verschiebung der politischen Machtverhältnisse in Taiwan seit 1949 auch physisch sichtbar gemacht. Mit 49 von insgesamt 73 gewonnenen Direktmandaten sowie den Sitzen, die über den Zweitstimmenanteil vergeben wurden, stellt die DPP in der neuen Legislaturperiode 69 (2012: 40)¹ der insgesamt 113 Abgeordneten (darunter 43 Frauen) und verfügt damit erstmals über die absolute Mehrheit. Zusätzlich gestärkt wird das sogenannte grüne, der Autonomie Taiwans verpflichtete Lager durch die fünf Mandate der New Power Party (5 Sitze), die aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen ist und erst im Vorfeld der Wahl gegründet worden war.

Im Vergleich dazu wurde das von der KMT angeführte blaue Lager durch das Wählervotum nahezu marginalisiert. Im Legislativ-Yuan ist die einstige Regierungspartei innerhalb von zwei Legislaturperioden von 81 (2008) und 64 (2012) auf nur noch 35 Sitze geschrumpft und die People First Party, eine Abspaltung der KMT, bei drei Mandaten steckengeblieben. Das gleiche Gefälle spiegelt sich im Ergebnis der Präsidentschaftswahl. Nach ihrem ersten erfolglosen Anlauf vor vier Jahren (45,6 Pro-

1. Einschließlich des unabhängigen Abgeordneten, der sich inzwischen der DPP-Fraktion angeschlossen hat.

zent) erreichte die DPP-Chefin Tsai Ing-wen, die ihr Amt erst am 20. Mai antreten wird, diesmal 56,1 Prozent der Stimmen. Dagegen kam der nach parteiinternem Streit erst kurz vor der Wahl eingewechselte Spitzenkandidat und KMT-Vorsitzende Eric Chu nur auf einen Stimmenanteil von 31 Prozent und damit auf das mit Abstand schlechteste Ergebnis seit der ersten demokratischen Direktwahl des Staatspräsidenten im Jahr 1996.

Die statistischen Zahlen bilden die Bedeutung der Wahlen als weiterer Meilenstein in der politischen Geschichte der Inselrepublik jedoch nur oberflächlich ab. Sie erklärt sich aus drei Besonderheiten:

Hervorgegangen aus der außerparlamentarischen Opposition, die für die Gleichberechtigung der einheimischen Taiwaner_innen mit der vom chinesischen Festland eingewanderten Elite und für die Demokratisierung der fast vier Jahrzehnte mit diktatorischen Vollmachten regierten Inselrepublik kämpfte, war die 1986 gegründete DPP zunächst nur im bodenständig bäuerlichen Süden der Insel verankert. Erst die mit der wirtschaftlichen Entwicklung einhergehende Pluralisierung der Gesellschaft und der damit verbundene Wertewandel haben die Partei allmählich landesweit hoffähig gemacht. Dass sie bei den jüngsten Wahlen Stimmen aus allen gesellschaftlichen Schichten anziehen konnte, ist nicht zuletzt das Verdienst der politischen Seiteneinsteigerin Tsai Ing-wen, die in Taiwan und den USA Rechtswissenschaften studiert und in London promoviert hat.

In ihrer ersten Amtsperiode als DPP-Chefin hatte Tsai 2008 eine Partei übernommen, die in ihrer ersten Regierungszeit politisch und moralisch an der konfrontativen China-Politik sowie an der Person des Staatspräsidenten Chen Shui-bian, der nach seinem Abgang wegen schwerer Korruptionsvergehen im Gefängnis verschwand, gescheitert war. Als Tsai 2014 erneut die Führung übernahm, lieferte sie pragmatisch und unideologisch die entscheidenden Impulse für das Wahlprogramm, das die DPP fest in der bürgerlichen Mitte verankern und mit dem Versprechen eines neuen politischen und gesellschaftlichen Aufbruchs besonders für junge, von der verknöchert patriarchalischen KMT abgeschreckte Wähler_innen attraktiv machen sollte.

Bei keiner anderen Parlamentswahl spielten zivilgesellschaftliche Gruppen eine derart große Rolle, was dem zuvor hauptsächlich von den beiden großen Parteien

bestimmten demokratischen Prozess eine neue Qualität verleiht. Das breit gefächerte und äußerst aktive basisdemokratische Spektrum reicht von den Anti-Atomkraft-Aktivist_innen bis hin zu der Bewegung für die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Die seit einigen Jahren zu beobachtende Repolitisierung der jungen Generation erlebte ihren einstweiligen Höhepunkt im Frühjahr 2014, als die Studierenden zusammen mit etablierten Bürgerrechtsgruppen mehrere Wochen lang das Parlament in Taipeh besetzt hielten und die ad hoc gebildete Sonnenblumen-Bewegung auf diese Weise die Verabschiedung des mit China ausgehandelten Abkommens zur Liberalisierung des bilateralen Dienstleistungsverkehrs verhinderte.

Die dritte Besonderheit ist das Reifezeugnis, das Politik und Wählerschaft der robusten Funktionsfähigkeit der Demokratie in Taiwan ein weiteres Mal ausgestellt haben. Dies gilt ebenso für den ordnungsgemäßen und unbeanstandeten Wahlverlauf wie für die Selbstverständlichkeit, mit der die Verlierer_innen ihre bittere Niederlage akzeptiert haben. Und das trotz der hochgradig politischen Polarisierung, die von chinesischer Seite auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes durch den werbenden Handschlag beim informellen Gipfeltreffen von Xi Jinping und Ma Ying-jeou in Singapur, aber auch mit einschlägigen verbalen Einschüchterungsversuchen zusätzlich aufgeheizt wurde.

Von der Sonnenschein-Diplomatie in eine neue Eiszeit?

Als sich bereits Monate vor dem Wahltag abzeichnete, dass die DPP mindestens die Präsidentschaftswahl gewinnen würde, griffen chinesische Medien den Konfliktfall wieder auf, der bis heute das Bild der Partei als feindselige, auf die endgültige Abtrennung Taiwans von China hinarbeitende Kraft bestimmt. In den Jahren 2003/04 hatte Chen Shui-bian, der erste Präsident der DPP, den Plan verfolgt, die Bevölkerung über den Status Taiwans abstimmen zu lassen, um im nächsten Schritt die Wiederaufnahme der Inselrepublik in die Vereinten Nationen unter dem neuen Namen »Republik Taiwan« zu beantragen.² Die Initiative scheiterte an der Mehrheit im Parlament und am massiven Widerstand, mit dem

2. Mit dem Beschluss der UN-Generalversammlung vom Oktober 1971, die Volksrepublik China aufzunehmen, verlor die nach Taiwan verlegte Republik China ihren Sitz in der UN.

sich die USA damals auf die Seite Chinas stellten. 2005 antwortete Peking mit dem Erlass des Anti-Sezessions-Gesetzes, das den Staat verpflichtet, Abspaltungsversuche notfalls mit militärischer Gewalt zu unterbinden.

Befürchtungen, dass sie einen ähnlichen Kurs verfolgen könnte, hat die designierte Präsidentin Tsai gleich nach der Wahl zu entkräften versucht: Sie werde sich im Interesse des »Status quo für Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße« sowie für den Aufbau einer »konsistenten, kalkulierbaren und nachhaltigen Beziehung« mit China einsetzen und sich bei ihrer Amtsführung von der »verfassungsmäßigen Ordnung der Republik China« leiten lassen. Gleichzeitig schickte sie den Generalsekretär der DPP und früheren Chef der halboffiziellen Taiwan-Vertretung in den USA, Joseph Wu, mit der Versicherung nach Washington, dass die neue Regierung jede Anstrengung unternehmen werde, um mit Peking einen für beide Seiten akzeptablen Modus des Umgangs zu finden.

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass der seit 2008 zügig und mit Erfolg vorangetriebenen chinesisch-chinesischen Verständigungspolitik durch den Regierungswechsel die Geschäftsgrundlage abhandengekommen ist, so dass die Beziehungen acht Jahre nach der Wende von der Konfrontation zur Kooperation auf eine neue Phase der Verunsicherung und der Unwägbarkeiten zusteuern. Zudem ist damit die Gefahr verbunden, dass Taiwan wieder stärker in den Fokus der strategischen Rivalität zwischen China und den USA um die Vorherrschaft im Westpazifik rückt und zu einem zusätzlichen Belastungsfaktor wird. So wies der chinesische Außenminister Wang Yi seinen amerikanischen Amtskollegen John Kerry Ende Januar bereits vorsorglich darauf hin, dass für Peking die Taiwan-Frage das »Kernproblem« der sino-amerikanischen Beziehungen bleibe.³

Für die chinesische Führung ist das beim informellen Gipfeltreffen von Xi Jinping und Ma Ying-jeou im November 2015 in Singapur demonstrativ bekräftigte Bekenntnis zur Einheit der Nation die *conditio sine qua non* für die vorläufige, zeitlich allerdings unbefristete Duldung des Status quo. Dieses Bekenntnis ist in dem sogenannten Konsens von 1992 enthalten, der von den Emissären Pe-

kings und der damaligen KMT-Regierung um den Vorbehalt ergänzt wurde, dass beide Seiten von der Verwirklichung der Einheit unterschiedliche Vorstellungen haben. Der Preis, den die DPP für ein Einschwenken auf das Ein-China-Prinzip als Vorbedingung der Verständigung zu zahlen hätte, wäre die politische Selbstaufgabe und die Verleugnung des Wählerauftrags. Von der radikalen Variante, die Unabhängigkeit Taiwans auch *de iure* festzuschreiben, hat sich die Partei unter Führung von Tsai bis auf einen harten Restkern verabschiedet; nicht aber von dem Ziel, die Autonomie der Inselrepublik möglichst unumkehrbar zu machen, sowie von dem Grundsatz, dass es der Bevölkerung überlassen bleiben müsse, frei und selbstbestimmt über ihre Zukunft zu entscheiden.

Auch wenn die ungleichen Nachbarn mit dem neu aufgeflamten Grundsatzkonflikt wieder näher an die Bruchstelle ihrer Beziehungen herangerückt sind, verkürzt diese Wahrnehmung die wesentlich komplexere Realität. Daher bleibt abzuwarten, wie die Regierungen in Peking und Taipeh das bisher Erreichte jenseits des Wahlkampfgetümmels und der ersten gereizten Reaktionen im Verhältnis zum Wünsch- und Machbaren einschätzen und welche Schlussfolgerungen sie aus den folgenden Beobachtungen ziehen:

Der Doppelwahlsieg der DPP war kein Votum gegen den Brückenschlag über die Taiwan-Straße und gegen das in über zwanzig Verträgen vereinbarte Regelwerk, welches das zwischenstaatliche Verhältnis in der Praxis weitgehend normalisiert und stabilisiert hat. Abgesehen von den, wenn auch ungleich verteilten, wirtschaftlichen Gewinnen, die Taiwan durch die Kooperation zugefallen sind, hat die wechselseitige Öffnung – vom Tourismus bis hin zum Studierendenaustausch – die Grundlage für den Dialog quer auf allen gesellschaftlichen Ebenen geschaffen. Ein Zustand, hinter den kaum jemand in Taiwan zurück möchte.

Aufgelehnt haben sich die Wähler_innen in ihrer Mehrheit vielmehr gegen eine China-Politik der zweckoptimistisch spekulativen Verheißungen, gegen die Verhandlungsführung hinter verschlossenen Türen und gegen die von Peking aufoktroyierte Zumutung einer nationalen Zusammengehörigkeit, die den Erfahrungen und der Lebenswirklichkeit der jungen Generation widerspricht.⁴

3. Die USA sind dem Schutz Taiwans gegen einen militärischen Angriff durch den 1979 vom Kongress verabschiedeten Taiwan Relations Act (TRA) verpflichtet. Damit rechtfertigt Washington auch die Waffenlieferungen an Taiwan.

4. Die rund eine Million Erstwähler_innen bei der diesjährigen Wahl wurden zwischen 1992 und 1996 geboren.

Insofern spiegelt der Wahlerfolg der DPP und ihrer Spitzenkandidatin auch das Ausmaß wider, in dem die chinesische Politik bei dem Versuch, die »Herzen und die Köpfe« der Nachbarn zu gewinnen, gescheitert ist.

Wie der Generationswechsel bei den Jüngeren das Bewusstsein für die eigene, spezifisch taiwanische Identität gestärkt und wie die Erfahrung der Unvereinbarkeit der politischen Systeme – hüben wie drüben – die Entfremdung noch befördert hat, ist am Trend in den Meinungsumfragen abzulesen: Waren es 1992 nur 18 Prozent der quer durch alle Altersgruppen Befragten, die sich ausschließlich als Taiwaner_innen bezeichneten, sind es heute rund 60 Prozent. Umgekehrt ist der Anteil derer, die sich als Taiwaner_innen *und* als Chines_innen identifizieren im gleichen Zeitraum von 46 auf 34 Prozent gefallen.

»It's the economy, stupid«

Die designierte Präsidentin Tsai hat die Latte des Erfolgs, an der sie sich messen lassen muss, sehr hoch gelegt. Der neue Aufbruch, den sie den Wähler_innen versprochen hat, orientiert sich an drei Leitgedanken: »Offenheit, Vielfalt und Toleranz« stehen für Reformen, die von der Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen bis zur Verankerung erweiterter basisdemokratischer Mitbestimmungsrechte in der Verfassung reichen. Nachhaltigkeit ist das Stichwort, unter dem die Regierung die Energieerzeugung schrittweise auf alternative Energieträger umstellen und innerhalb von zehn Jahren aus der Atomkraft aussteigen will. Als vorrangig hat sie zudem eine Wirtschaftspolitik angekündigt, die mit Nachdruck Innovationen fördert und soziale Gerechtigkeit zum Kernanliegen macht.

Kein anderes Thema war im Wahlkampf so präsent wie die schwächelnde Wirtschaft und die soziale Kluft, die sich in der mittelständisch geprägten Gesellschaft Taiwans seit einigen Jahren erheblich vertieft hat. Gleichzeitig ist es das Thema, das im Richtungsstreit von DPP und KMT um die China-Politik den engsten Bezug zur Lebenswirklichkeit und den Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der Sicherung des Wohlstands in der hochentwickelten asiatischen Industrie- und Handelsnation hatte. Der politische Konflikt bildet sich auch in der Gesellschaft ab: zwischen den in China engagierten Großunternehmen mit den über eine Million Taiwanern_innen, die ihnen auf das Festland gefolgt sind, sowie den indus-

triellen Arbeitnehmer_innen und der mittelständischen Wirtschaft in Taiwan, die sich als Verlierer im China-Geschäft sehen.

Als das erste große wirtschaftliche Kooperationsabkommen ECFA (Economic Cooperation Framework Agreement) mit China 2010 unterzeichnet war, sah Präsident Ma Ying-jeou ein »goldenes Jahrzehnt« des Friedens und der Prosperität für Taiwan heraufziehen. Die tatsächliche Entwicklung ist den von Ma damals konkret bezifferten Zuwachsraten für Wirtschaft und Privateinkommen nur bedingt und sehr ungleichmäßig gefolgt: Bis zum wirtschaftlichen Einbruch in China haben der Export und, mit dem steilen Anstieg von chinesischen Tourist_innen, das Dienstleistungsgewerbe in Taiwan am besten verdient.

Andererseits hat der Exodus der großen Industrieunternehmen auf das Festland, allen voran der Spitzenreiter der Elektronik- und Kommunikationsbranche, auch die industrielle Basis in Taiwan ausgehöhlt. Während mit massiven Investitionen in China Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen wurden,⁵ sind die Arbeitslöhne auf der Insel seit einem Jahrzehnt so gut wie eingefroren. Dies erklärt auch den wachsenden Frust, insbesondere unter den jungen Berufsanfänger_innen, die trotz guter Ausbildung immer schlechtere Aussichten haben, in Taiwan einen angemessen bezahlten Job zu finden.

Tsai Ing-wen, die in der einseitigen Abhängigkeit von China die größte Bedrohung für die politische wie wirtschaftliche Zukunft Taiwans sieht, will mit gezielten Maßnahmen gegensteuern. Da der Erfolg nicht nur von der Kooperation der heimischen Unternehmen, sondern in fataler Weise auch vom guten Willen Pekings abhängt, läuft sie Gefahr, sich mit riskanten Versprechungen ebenso zu überheben wie ihr Vorgänger Ma.

Um die übermäßige Konzentration der Exporte auf den chinesischen Markt zu verringern (aktuell ca. 40 Prozent der taiwanischen Gesamtausfuhren), sollen verstärkt andere Absatzmärkte erschlossen werden. Damit war die Industrie bisher jedoch nur eingeschränkt erfolgreich, da Taiwan, anders als der asiatische Hauptkonkurrent Südkorea, bisher von den regionalen und überregionalen Freihandelsabkommen – von ASEAN bis zur EU – ausgeschlossen geblieben ist. Da China eine internatio-

5. Der Elektronik-Riese Foxconn beschäftigt in China allein eine Million Arbeitnehmer_innen.

nale Aufwertung Taiwans unbedingt verhindern will, ist selbst die KMT-Regierung mit entsprechenden Vorhaben gescheitert. Damit wird auch der geplante Beitritt Taiwans zum Transpazifischen Handelsabkommen (TPP) äußerst fraglich.

Der Erfolg der Innovationsoffensive zur Diversifizierung der industriellen Wertschöpfung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Taiwan hängt von der Bereitschaft der heimischen Unternehmen ab, wieder mehr auf der Insel statt in Festlandchina zu investieren.⁶ Der Trend verläuft trotz der derzeitigen Schwäche der chinesischen Wirtschaft jedoch nach wie vor in die andere Richtung, insbesondere in Bezug auf die Großunternehmen der Elektronik- und Kommunikationsindustrie. Um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, sind kapitalstarke strategische Partner mit einem großen Binnenmarkt gefragt; und diese Bedingungen sehen viele taiwanische Unternehmen – schon aufgrund der bestehenden Kooperationen – am ehesten beim Nachbarn China gegeben.

Die zu überwindenden Widerstände lassen erwarten, dass auch die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Ziele für die neue Präsidentin und ihre Partei zu einem beständigen Härtetest im Kampf gegen die Schwerkraft wird.

Fazit

Für die Fairness und Disziplin bei der Durchführung der Wahlen hat Taiwan weltweit viel Anerkennung und Respekt geerntet – auch in der Stellungnahme, die der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier dazu abgegeben hat. Viel weiter reicht die Solidarität des Westens mit Taiwans Demokrat_innen allerdings nicht. Sie wird vor allem durch das Bekenntnis zur »Ein-China-Politik« konditioniert, mit dessen Anerkennung sich alle Staaten, die mit Peking diplomatische Beziehungen unterhalten, der chinesischen Hallstein-Doktrin unterworfen haben.⁷

Damit befindet sich der Westen in Erklärungsnot: Wie bereits erwähnt, hatte die Regierung von Ma Ying-jeou

die Anerkennung der Einheit der chinesischen Nation zur Grundlage der Verständigung mit Peking gemacht. Allerdings ohne dass dieser Grundsatz jemals vom taiwanischen Parlament, geschweige denn vom Volk direkt legitimiert worden ist. Sowohl für die USA als auch für die EU würde daraus ein ernstes Glaubwürdigkeitsproblem entstehen, sollte sich China zukünftig nicht an die Appelle zum Gewaltverzicht halten. Solange Rationalität und nicht krisenbedingte Kurzschlussreaktionen das Verhalten auf beiden Seiten bestimmen, ist dies jedoch kein realistisches Szenario.

Orientiert man sich an den von Xi Jinping seit seinem Amtsantritt abgegebenen Erklärungen zur Taiwan-Politik, dann schwankt der Kurs zwischen gereizter Ungeduld und pragmatischer Duldsamkeit. Im Herbst 2013 drückte Xi, der die Wiedervereinigung zum Kernanliegen des »chinesischen Traums« erklärt hat, mit der Bemerkung aufs Tempo, dass die ungelösten politischen Differenzen nicht von einer Generation zur nächsten weitergereicht werden dürften. Dies führte Anfang 2014 in Nanjing zur ersten Runde von politischen Gesprächen auf Regierungsebene (Track-II-Verhandlungen), für die nun zunächst keine Grundlage mehr besteht. Mit militanten Drohungen und Sanktionen kann Peking Taiwan zwar Schaden zufügen, hat damit aber, wie die Erfahrung zeigt, die Bevölkerung nicht einschüchtern können.

Bei einer anderen Gelegenheit äußerte Xi hingegen Verständnis dafür, dass es einige Zeit brauche, um die dicke Eisschicht aufzutauen, die sich über Jahrzehnte zwischen beiden Seiten aufgebaut habe. Für die Entscheidung, weiter auf Geduld zu setzen, könnte auch das Wahlergebnis sprechen: Denn mit einer Rückkehr der KMT als politisch bequemer Partner an die Macht ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Damit steht als einzige politische Kraft, mit der sich das Netzwerk der zwischenstaatlichen Beziehungen funktionsfähig halten und mit Blick auf den praktischen Nutzen weiterentwickeln lässt, nur die DPP als Partner zu Verfügung.

Am unrealistischsten ist das Szenario, das einen Satz beim Wort nimmt, in dem sich Xi Jinping zum Selbstbestimmungsrecht des chinesischen Volkes bekannte. »Ob Schuhe passen oder nicht«, so Xi, »entscheiden die Füße. Welcher Entwicklungsweg für ein Land der richtige ist, bestimmt das Volk.« Dass die chinesische Führung die Inanspruchnahme dieses Rechts zuerst der Bevölkerung in Taiwan zugesteht, ist jedoch nicht zu erwarten.

6. Das kumulierte Gesamtvolumen der taiwanischen Investitionen in China wird auf 130 Milliarden US-Dollar geschätzt.

7. Die Zahl der Staaten, die Taiwan diplomatisch anerkennen, ist auf 22 kleinere Länder in Afrika und Lateinamerika geschrumpft. In Europa ist es nur der Vatikan.



Über den Autor

Jürgen Kahl ist ein auf China und Asien spezialisierter Publizist und arbeitet für die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: +49-30-26935-7450 | Fax: +49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Almut.Weiler@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisationen, für die die Autoren arbeiten.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-95861-420-8